

**- öffentliche Sitzung****Neckargemünd-Waldhilsbach, den 26.06.2023**

**Protokoll Nr.** : 04/2023

**Sitzung** : des Ortschaftsrates Waldhilsbach

**Datum** : 26.06.2023

**Zeit** : 19:00 Uhr bis 20:30 Uhr

**Ort** : Rathaus Waldhilsbach - Sitzungszimmer -

**Vorsitz** : Ortsvorsteherin Lillianne Linier

**Mitglieder anwesend** : Ortschaftsrät\*innen O. Reck, B. Rupp, P. Schönemann-Gieck, E. Schweinsberg-Kellermann, C. Haffner, M. Meyer, A. Inama-Knäblein

**weiter anwesend** :

**entschuldigt** : ORin Anne von Reumont, verstorben am 24.06.2023

**unentschuldigt** : --

**Urkundspersonen** : ORinnen Schönemann-Gieck und Haffner

**Sachvortrag** :

**Schriftführer** : Frau M. Dörsam

a) **Beratungsgegenstand**

b) **Beschluss/Beschlussvorschlag/Ergebnis**

Die Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die öffentliche Sitzung.

Der Ortschaftsrat hält zu Sitzungsbeginn eine Schweigeminute für Ortschaftsrätin Anne von Reumont, die am vergangenen Samstag nach langer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Bezüglich der Nachfolge von Anne von Reumont als Ortschaftsrätin und Stadträtin als auch als Vertreterin der Ortsvorsteherin erklärt die Vorsitzende, dass das Nachrücker-Prozedere mindestens sechs Wochen, eher länger dauern werde. Sie bittet Ortschaftsrat Meyer, sich zur Nachfolge bereit zu erklären.

Die Vorsitzende fragt den Schriftführer der letzten Sitzung nach dem Protokoll, da dieses noch nicht bei der Verwaltung eingegangen sei. Dieser erwidert, er habe es bereits geschickt, werde es aber nochmal auf den Weg bringen. Daher wird die Verabschiedung des Protokolls 03/2023 auf die nächste Sitzung verschoben.

<b>1 a</b>	<b>Stellungnahme des Ortschaftsrates zu unechter Teilortswahl – Aktuelle Rechtsprechung und Prüfung der gegenwärtigen Regelung in Neckargemünd</b>
b	<p>Die Vorsitzende fasst aus der Vorlage zusammen, dass es nach Ansicht der Stadtverwaltung nötig sei, die aktuelle Rechtsprechung zur unechten Teilortswahl einer grundsätzlichen Betrachtung zu unterziehen. Grund hierfür sei ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg vom 19.07.2022 zur Ungültigerklärung der Tauberbischofsheimer Gemeinderatswahl 2019. In Tauberbischofsheim gilt, wie auch in Neckargemünd, die unechte Teilortswahl. Dieses Urteil sei nach Auffassung der Stadtverwaltung für alle Gemeinden von Bedeutung, die ebenfalls die unechte Teilortswahl anwenden. Das Urteil sei mittlerweile rechtskräftig.</p> <p>Der Verwaltungsgerichtshof weise alle Gemeinden mit unechter Teilortswahl nachdrücklich auf die Verpflichtung hin, ihre Hauptsatzungsregelungen zur Sitzverteilung regelmäßig auf ihre Rechtskonformität zu überprüfen.</p> <p>Sie erklärt dem Ortschaftsrat, dass es auf den ersten Blick so scheine, als könne man aus Sicht der Stadt nicht anders handeln, als dem Dilsberg einen Gemeinderatssitz zu nehmen und der Stadt einen weiteren zu geben. Als Stadträtin sei ihr jedoch die Stellungnahme des Dilsberger Ortschaftsrates zugegangen, in der zu entnehmen sei, dass die Stadtverwaltung sich lediglich auf einen Aspekt, nämlich auf den der Einwohnerzahl, beschränke. Laut Rechtsprechung des VGH sei jedoch neben dem Bevölkerungsanteil auch die Betrachtung der örtlichen Verhältnisse ein maßgeblicher Faktor. Sie berichtet weiter, dass dieses Kriterium nach Ansicht des Ortschaftsrates von Dilsberg nicht in Betrachtung und in die Sachdarstellung der Stadtverwaltung einbezogen worden sei. Dilsberg begründe es im Wesentlichen mit seiner sehr guten Infrastruktur und seiner touristischen und kulturellen Anziehungskraft sowie mit dem aktiveren Vereinslebens im Vergleich zu anderen Ortsteilen. Zumindest war dies so der Rhein-Neckar-Zeitung zu entnehmen. Die letztgenannte Äußerung kritisiert die Vorsitzende. Um sich selbst gut zu präsentieren, sei es ihrer Meinung nach nicht nötig, andere herabzuwürdigen.</p> <p>Würde der Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung im Gemeinderat gefasst werden, wäre Dilsberg mit 3 Gemeinderäten 10% unterrepräsentiert. Die Vorsitzende gibt zu bedenken, dass Neckargemünd derzeit nur mit 5,76%</p>

unterrepräsentiert sei. Als Stadträtin äußert sie sich zur Unterrepräsentierung dahingehend, dass es im Stadtrat 22 Sitze gebe. Derzeit gebe es aber durch fünf Überhangmandate insgesamt 27 Sitze. Sämtliche Überhangmandate gingen bei der Wahl an die Kernstadt, so dass man durchaus eine Unterrepräsentation der Ortsteile sehen könne.

Der Presse war zu entnehmen, dass sowohl der Dilsberger als auch Mückenlocher Ortschaftsrat sich dafür ausgesprochen hätten, alles so zu belassen wie es derzeit in der Hauptsatzung festgeschrieben sei.

Die Frage sei nun, wie sich der Waldhilsbacher Ortschaftsrat zur geplanten Anpassung der Hauptsatzung positioniere, nämlich dem Dilsberger Ortschaftsrat künftig nur noch 3 Sitze, der Kernstadt dafür 15 Sitze zu geben.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass üblicherweise der Ortschaftsrat zu einem solchen Thema lediglich gehört werde. Schlussendlich entscheide jedoch der Gemeinderat.

OR Meyer äußert sich zuerst zu diesem Thema. Er sehe die Reduzierung der Sitze für den Ortschaftsrat Dilsberg kritisch. Generell seien die Ortschaften in Ihrer Gesamtanzahl der Stimmen gegenüber der Kernstadt unterlegen. Seiner Meinung nach bräuchten die Ortschaften ein gewichtigeres Wort. Bezüglich der Überhangmandate denke er, diese könnten auch für die Ortsteile generiert werden.

ORin Schönemann-Gieck vertritt ebenfalls die Meinung, die Ortsteile müssten im Gegensatz zur Kernstadt gestärkt werden. Sie überlegt, ob es möglich sei, den verlorenen Sitz von Dilsberg dem Ortsteil Mückenloch zuzusprechen. Sie frage sich, ob es generell vielleicht doch Sinn mache, die unechte Teilortswahl abzuschaffen.

OR Schweinsberg-Kellermann habe das Thema nach Durchsicht der Sitzungsvorlage anfangs genauso gesehen wie die Stadt. Man habe nach Auf- bzw. Abrunden der Verteilerzahlen keine andere Möglichkeit, als der Vorlage der Stadt zuzustimmen. Obwohl er die Selbstdarstellung und den Vergleich des Dilsberger Vereinslebens mit dem der anderen Ortsteile kritisiere, solle man hier solidarisch sein. Aufgrund der Eingemeindung erwarte die Kernstadt, dass die Ortsteile sich als Neckargemünder identifizierten, jedoch würden Belange der Ortsteile vom Stadtrat nicht gleichberechtigt behandelt wie Belange der Kernstadt. Er betont, er sei dagegen, die unechte Teilortswahl ganz abzuschaffen, da die Ortsteile dann gar keine Chance mehr hätten, ihre Themen durchzubringen. Als Beispiel nannte er, dass ein Radweg nach Neckargemünd nicht möglich sei, aber das „Radhaus“ am Rathaus zum Thema im Stadtrat gemacht werde. Seiner Meinung nach komme das Thema bezüglich einer Abschaffung der unechten Teilortswahl immer erst kurz vor den Neuwahlen auf. Er erklärte bezüglich der Überhangmandate, dass diese aufgrund einer mathematischen Folge nach der Stimmenauszählung des Gemeinderates entstanden seien.

ORin Rupp erkundigt sich, ob es auch möglich sei, Überhangmandate in den Ortsteilen zu generieren, um mehr als 2 Repräsentanten aus Waldhilsbach im Stadtrat zu haben. Sie ist der Meinung, dass in den Ortsteilen keine solch hohen

Stimmzahlen generiert werden können, da diese im Gegensatz zur Kernstadt seit langem keine Neubaugebiete erschließen konnten. Daher solle man ein Statement setzen und sich hier dem Dilsberg anschließen.

OR Reck gibt zu bedenken, dass es bei der Tauberbischofsheimer Wahl um gänzlich andere Größenverhältnisse gegangen sei als in Neckargemünd, wo es nach dem Auf- bzw. Abrunden der Nachkommastellen um mehr Sitze als nur einen gegangen sei. Er ist der Meinung, eine Abrundung der Nachkommastelle sei nicht hinnehmbar. Würde man die Berechnungen anders darstellen, wäre Mückenloch evtl. gar nicht repräsentiert. Weiter sehe er, dass durch steigende Einwohnerzahlen in der Kernstadt hier immer mehr Sitze generiert würden.

ORin Inama-Knäblein ist ebenfalls der Meinung, dass ein Zusammenwachsen der Kernstadt mit den Ortsteilen nie stattgefunden habe. Gäbe es keinen Ortschaftsrat, so käme in der Kernstadt von den Belangen der Ortsteile nichts an.

Der Ortschaftsrat lehnt den Vorschlag der Stadt zur Neuberechnung der Sitzverteilung im Gemeinderat mit 7 Stimmen bei 1 Enthaltung ab. Die Ortsvorsteherin informiert das Gremium darüber, dass sie eine Presseerklärung formulieren werde.

Nach der Abstimmung möchte ORin Schönemann-Gieck wissen, ob es möglich sei, die Situation der Ortsteile besser darzustellen und selbst Fördermittel, z. B. für altersgerechten Wohnraum, zu erhalten. Die einzelnen Ortsteile seien ihrer Meinung nach politisch benachteiligt. Forderungen gegenüber der Stadt müssten klar gestellt sein. Viele einzelne Kleinigkeiten vorzubringen, sei nicht sinnvoll.

ORin Inama-Knäblein betont, dass Leerstände in den Ortsteilen von der Kernstadt nicht wahrgenommen würden. Man müsse von Seiten der Stadt aber einsehen, dass die über 4000 Einwohner der Stadtteile ebenfalls Bedürfnisse hätten und hier Wirtschaftsförderungen angebracht seien.

Die Vorsitzende erläutert, dass Fördermittel ausschließlich von der Kernstadt beantragt werden können. Förderungen für Ortsteile müsse man ebenso von der Kernstadt beantragen lassen. Hier seien die Ortsteile von der Stadt und den Beschlüssen des Stadtrats abhängig. Die Planungsrate für die Fördermittel aus dem Topf der Entwicklung des ländlichen Raums würden dem Bürgermeister vorgelegt. Fördermittel müssten durch einen städtischen Mitarbeiter beantragt werden. Da aber Maßnahmen nie komplett durch das ELR-Programm gefördert würden, müsse im städtischen Haushalt ebenfalls Geld eingestellt werden. Man müsse ein Konzept erstellen und dies dem Bürgermeister und Herrn Horvath vorlegen, um die Fördermittel beantragen zu können. Generell sei aber auch jedem der Ortschaftsräte die Möglichkeit gegeben, an einer Stadtratssitzung teilzunehmen und während der Bürgerfragestunde die Interessen der Teilorte anzusprechen. Hier sei auch die Presse anwesend und berichte möglicherweise über solche vorgebrachten Anregungen. Weiter gebe es auch die Möglichkeit, Belange, die alle Ortsteile beträfen, mit in die regelmäßigen Treffen der drei Ortsvorsteher zu nehmen, um gemeinsam im Stadtrat für die Ortsteile aufzutreten.

	<p>ORin Rupp gibt zu bedenken, dass die Stadtverwaltung nur auf den Auftrag des Gemeinderates und dessen Beschlüsse tätig werden kann.</p> <p>OR Reck will den Bürgermeister wieder zu einer Ortschaftsratssitzung einladen, um ihm hier im direkten Austausch gegenüber zu stehen.</p> <p>Weiter bringt er die Versäumnisse der Stadtgärtnerei vor. Dass beispielsweise die Blumenkübel in Mückenloch für die Jubiläumsfeier nicht neu bepflanzt wurden, sei ein trauriges Bild, wenn man bedenke, wie reichlich die Blumenampeln in der Kernstadt bestückt seien. Gerade in der Hinsicht, dass Mückenloch aufgrund des Jubiläums in der Presse im Fokus stehe. Auf den Hinweis der Vorsitzenden, dass momentan bei den Technischen Diensten personelle Notstände vorlägen, vertrat er den Standpunkt, dass dann situationsbedingt die Priorisierungen angepasst werden müssten. Es gäbe kein gutes Bild ab, wenn die Presse in Mückenloch beim Jubiläum vor Ort sei und überall meterhoch die Brennnessel stünden. Aber so sei es wenigstens mal an die Öffentlichkeit gekommen, dass die Ortsteile benachteiligt würden. Wäre der Umzug in Neckargemünd gewesen, hätte die Stadtgärtnerei für ein ordentliches Stadtbild gesorgt.</p> <p>OR Meyer bringt vor, dass es sehr sinnvoll sei, die Klausurtagung einmal mit allen Ortsteilen gemeinsam zu machen. Hier bestünde die Möglichkeit, dass die Ortsteile ihre Punkte gemeinsam in der Stadt vorzubringen. Die Stadt habe für die Belange der Ortsteile kein Gehör und konzentriere sich eher auf den Tourismus. Seiner Meinung nach habe der Bürgermeister den Blick auf die Ortsteile verloren. Gerade auch im Hinblick auf deren Städtepartnerschaften. Auch würden die öffentlichen Gebäude der Ortsteile nicht mehr bedacht, sondern eher deren Verfall hingenommen. Den Vorschlag einer gemeinsamen Klausurtagung fand die Vorsitzende gut und sagt zu, dies mit in das nächste Treffen der Ortsvorsteher zu nehmen.</p> <p>ORin Inama-Knäblein möchte, dass das Thema „Stadtleitbild“ auf die Tagesordnung aufgenommen wird.</p>
<b>2 a</b>	<b>Mitteilungen und Anfragen</b>
b	<p>Die Vorsitzende informiert den Ortschaftsrat, dass mittlerweile <b>Waldhilsbach-Fahnen</b> bestellt wurden.</p> <p>Bezüglich des <b>Glasfaserausbaus</b> bittet die Vorsitzende die Mitglieder des Ortschaftsrates, weiter Werbung für das Angebot von NetComBW zu machen. Momentan werde die zusätzliche Möglichkeit angeboten, dienstagnachmittags in der Ortsverwaltung eine Beratung durch die NetComBW in Anspruch zu nehmen.</p>

An der **Tür der alten Kapelle** auf dem Friedhof sei nun eine Plexiglastür von innen angebracht worden, berichtet die Vorsitzende weiter. Dadurch werde verhindert, dass Vögel in die Kapelle hineinfliegen und mit ihren Hinterlassenschaften alles verunreinigen. Es sollen noch zwölf Stühle in der Kapelle aufgestellt werden. Der Dilsberger Ortsvorsteher habe ihr Stühle angeboten, die sie sich anschauen werde.

Als weiteren Punkt spricht die Vorsitzende die **Fahrbahnverengung am Kindergarten** an. Am 15.06.2023 habe sie die Mitteilung erhalten, dass die Heidelberger Straße auf Höhe des Kindergartens auf eine Fahrbahnbreite von ca. 5,20/5,30 Meter reduziert werden solle. Hiervon verspreche sich die Verkehrskommission eine Verringerung der Geschwindigkeit. Durch die Maßnahme werde weiterhin die Sicht auf den Fahrzeugverkehr verbessert und die Überquerungsstecke verringert. Dies sei sicherlich eine gute Maßnahme für mehr Sicherheit der Fußgänger insbesondere der Kinder. Zuständig für die Baumaßnahme sei das Amt für Straßen- und Radwegbau des Rhein-Neckar-Kreises. Von Seiten des Ortschaftsrates kam die Anmerkung, man sei sich nicht sicher, ob die Baumaßnahme wirklich zur Sicherheit beitrage, da die Autos nicht unbedingt langsamer unterwegs seien. Die Vorsitzende erklärt, dies sei der einzige Antrag des Ortschaftsrates gewesen, der bei der Verkehrstagfahrt durchgegangen sei.

Zur **Baustelle am Schneckenweg** erläuterte die Vorsitzende, sie habe das Ordnungsamt gebeten, die Baustelle zu überprüfen. Grund hierfür war der Hinweis von OR Reck, dass durch die Baustelle und die Absperrung eine Stolperfalle entstanden und daher der Gehweg zu eng sei. Man könne den Gehwegabschnitt evtl. mit Kinderwagen nicht mehr passieren. Die Vorsitzende erklärte, dass nach der Begehung der Örtlichkeit durch das Ordnungsamt keine Behinderung der Fußgänger von Seiten des Ordnungsamtes festgestellt werden konnte. Durch den Bauzaun sei natürlich eine gewisse Einengung da, diese sei jedoch berechtigt, da dadurch die Baugrube dahinter ordnungsgemäß gesichert sei. Hier müsse also die Absicherung der Baugrube höher eingestuft werden, als eine mögliche Beeinträchtigung der Fußgänger.

OR Reck sieht hier trotzdem eine Gefahrenstelle, gerade in der Dunkelheit.

ORin Schönemann-Gieck verweist hier auf die Zuständigkeit des Baustelleneigentümers, dass die Baustelle richtig gesichert sei.

Die Vorsitzende sagt zu, hier noch einmal beim Ordnungsamt nachzuhaken.

Bezüglich der **Umrüstung der Glühbirnen im Kindergarten auf LED** gibt die Vorsitzende bekannt, dass dies am 23.05.2023 vom Stadtrat beschlossen wurde und die Umrüstung bereits erfolgt sei.

OR Schweinsberg-Kellermann berichtet, er wisse von einem Kindergarten, wo durch die LEDs die Räumlichkeiten nun zu hell seien. Hier würden mittlerweile nur noch die Hälfte der Lampen brennen.

Für den Flurbereich in der **Mehrzweckhalle** hat die Vorsitzende **Bewegungsmelder** beantragt. Da dort oft auch nach dem Sport noch das Licht brenne und dadurch unnötig Strom verbraucht werde, wurde nach der Begehung mit einem Vertreter des FB5 und einem Elektriker ein Angebot für Bewegungsmelder und die gleichzeitige Umrüstung auf LED angefordert.

Weiter berichtete die Vorsitzende, sie habe sich mit dem Vermarkter (Herrn Thorsten Heid) von Tegut wegen der Aufstellung eines **TEOs** in Waldhilsbach getroffen. Leider sei von Tegut trotz aller Argumente eine Absage bezüglich eines Standortes in Waldhilsbach eingegangen. Vorgebracht wurden von ihr die hohen Durchfahrtszahlen, die aufgrund der Auslesung von Messtafeln (insgesamt 217.619 Messungen innerhalb von 192 Tagen, d. h. im Schnitt 1.133,43 Fahrzeuge pro Tag in einer Fahrtrichtung) sogar schwarz auf weiß vorlagen. Weiter seien auch viele Radfahrer unterwegs, die evtl. Interesse an einer Reparaturmöglichkeit auf dem Weg zum Königstuhl haben könnten, die an anderen TEOs angebracht sei. Auch wurde von ihr das Argument der Belieferung von mehreren nahe beieinanderliegenden Standorten vorgebracht. Leider wurde jedoch trotzdem ein Standort in Waldhilsbach aufgrund der zu geringen Einwohnerzahl von 1.252 von Seiten Teguts abgelehnt. Die Mindesteinwohneranzahl betrage für Tegut 1.500 Einwohner, um einen Standort rentabel zu machen.

ORin Schönemann-Gieck bedauert diese Entscheidung. Die Einwohnerzahl sei aufgrund der Kernstadt und den anderen Ortsteilen eigentlich höher.

ORin Inama-Knäblein gibt zu bedenken, man solle auch das Einzelhandelskonzept beachten.

Die Vorsitzende weiß, dass momentan in Aglasterhausen ein TEO aufgestellt werde. Sie ermutigt die Mitglieder des Ortschaftsrates, sich selbst nochmal mit Herrn Heid in Verbindung zu setzen. Dieser habe selbst auch eine Chance für Waldhilsbach gesehen, musste jedoch schlussendlich mitteilen, dass der Standort abgelehnt worden sei.

ORin Inama-Knäblein denkt darüber nach, sich bei der SRH zu informieren. Hier gebe es ein ähnliches Konzept. Die Vorsitzende bittet sie, dies als TOP für die nächste Sitzung zu beantragen.

Als nächstes informiert die Vorsitzende, dass in Waldhilsbach demnächst zwei der **Verteilerkästen auf dem Rössl-Parkplatz und an der Einmündung zur Gaiberger Straße angemalt** werden sollen. Die Motive sind das Rathaus im Winter und das Einlaufbauwerk mit Wald und Bach vorgesehen. Letzteres habe Bezug zum Ortsnamen.

OR Meyer schlägt als Alternative zur Erklärung des Dorfnamens als zweites Motiv die Städtepartnerschaft mit Romeno vor. Dieser Vorschlag wird von anderen Ortschaftsräten als gute Idee gesehen.

Wie auch der Presse zu entnehmen war, werde die **evangelische Kirche** in Waldhilsbach zukünftig nicht mehr bei baulichen Maßnahmen von der Landeskirche finanziell unterstützt. Bisher sei sie bei allen baulichen Maßnahmen mit 50 % unterstützt worden, so die Vorsitzende.

Bezüglich der **Anbringung der Kerwewimpel** berichtet die Vorsitzende, sie habe beim Bürgermeister nachgefragt, ob die Stadt einen Steiger habe, der für die Anbringung der Wimpel genutzt werden dürfe. Dies wurde bejaht. Der Bürgermeister gehe davon aus, dass der Bauhof Anfang Oktober behilflich sein könne.

OR Meyer fügt hinzu, im Feuerwehrhaus seien einige Wimpel gelagert und können zur Kerwe aufgehängt werden. 2015 wurden Wimpel nachbeschafft. Man könne nachschauen, welche Firma sie geliefert hatte.

Als weiteren Punkt ging es um den **Parkplatz** vor der Mehrzweckhalle. Hier habe die Vorsitzende um die Einzeichnung von einzelnen Parkplätzen gebeten, um der Verschwendung von Parkraum vorzubeugen. Weiter seien nun drei Besucherparkausweise für Rathausbesucher in der Verwaltungsstelle bereitgelegt. Diese können für die Dauer des Rathausbesuches ausgeliehen und im Fahrzeug ausgelegt werden, da das Ordnungsamt oft vorbeikomme und die abgestellten Fahrzeuge kontrolliere. Weiter informiert die Vorsitzende, dass der bereits eingezeichnete Parkplatz fest an die Mieterin der Wohnung im Schulgebäude vermietet sei.

ORin Inama-Knäblein findet es nicht gut, dass Besucher des Rathauses erst den Parkausweis holen, dann ins Auto legen und nach dem Rathausbesuch wieder hin und her laufen müssen, um den Ausweis wieder in die Verwaltungsstelle zurückzubringen.

OR Meyer schlägt vor zu überlegen, ob es nicht einfacher wäre, eine Regelung mit Parkscheibe zu etablieren. Die Vorsitzende sagte zu, beim Ordnungsamt nachzufragen.

Bezüglich des **Radwegenetzes** sei derzeit einiges in Planung. Das Regierungspräsidium suche momentan einen Planer für den Radweg zwischen Neckargemünd und Bammental. In diesem Zusammenhang solle der Untere Bachweg nach Waldhilsbach ertüchtigt werden. Wahrscheinlich sei hier der Rhein-Neckar-Kreis zuständig, so die Vorsitzende.

OR Reck merkt an, dass die Deutsche Bahn hier eine Gefahr sehen könne, da der Weg ebenerdig zu den Gleisen verlaufe. Ein Zaun/Geländer müsse zur Sicherheit angedacht werden.

ORin Schönemann-Gieck berichtet von Ihrem Gespräch bezüglich eines Radweges mit dem Bürgermeister. Sie habe ihm gegenüber die Zugänglichkeit der Ortsteile zur Stadt betont. Gespräche mit Forst und Stadt hätten bereits stattgefunden. Es müssten zwei Brücken gebaut werden. Der Bürgermeister wolle sich für diesen Radweg einsetzen. Aufgrund des Flora-Fauna-Habitats sei ein Radweg entlang der B45 leider nicht möglich.

Bezüglich des **Ruftaxis** berichtet die Vorsitzende, dass der Bürgermeister die Abrechnungen des Betreibers (Beckenbach) als Punkt in der vergangenen Führungsrunde zur Sprache gebracht habe. Von Seiten der Stadt überlege man, ob



	<p>es sich überhaupt noch lohne, Waldhilsbach anzufahren, da im letzten Monat nur 24 Fahrten hierher verzeichnet wurden.</p> <p>Das Thema <b>Neubaugebiet Sandklinge</b> wurde bisher im Gemeinderat noch nicht behandelt. Die Vorsitzende will noch einmal nachfragen, wann der Punkt auf die Tagesordnung aufgenommen werde.</p> <p>ORin Haffner spricht das Thema <b>Parken am Ortsbrunnen</b> nochmals an. Dort werde die Durchfahrt oft erschwert.  ORin Rupp erwidert, hier sei bereits ausgemessen und festgestellt worden, dass die Straße noch breit genug sei.</p>
	<p>Nachdem keine weiteren Fragen mehr vorliegen, wird die öffentliche Sitzung um 20:30 Uhr geschlossen.</p>
	<p>Die Vorsitzende: <span style="float: right;">Die Urkundspersonen:</span></p> <p>Die Schriftführerin:</p>

<b>1 a</b>	<b>Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 04/2023 vom 26.06.2023</b>
b	Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Ortschaftsrat zur Kenntnis genommen.  Neckargemünd-WA., den 24.07.2023  Die Vorsitzende: